



GRENCHNER TAGBLATT

AZ 4501 Solothurn | Nr 047 | 126. Jahrgang
 redaktion@grenchnertagblatt.ch 058 200 47 74
 abo@grenchnertagblatt.ch 058 200 55 02
 inserate@grenchnertagblatt.ch 032 654 10 60



Dani Levy
 Der Basler inszeniert am Schauspielhaus
 KULTUR 30

Niklas Raggenbass
 Wie der Stadtpfarrer in der Solothurner Fasnacht heimisch wurde
 STADT SOLOTHURN 22

Stive Tschirren
 Der einheimische Snowcross-Pilot fährt auf dem Binzberg aufs Podest
 THAL 27

Drohende werden rege registriert

Gewaltprävention Die Kantonspolizei verzeichnet in ihrem Bedrohungsregister inzwischen bereits 229 Personen. Davon attestiert sie aber nur vier Personen ein hohes Gewaltpotenzial

VON LUCIEN FLURI
 Stalker, Eltern, die ihre Kinder misshandeln könnten, und «Querulanten», die auf Ämtern Gewalt androhen: Seit Februar 2013 gibt es im Kanton Solothurn ein Bedrohungsmanagement, das schwerwiegende Taten verhindern soll. Wer droht, wird in einer Datenbank registriert. Ein Team klärt - auch mittels

Computereinsatz - ab, wie hoch das Gewaltpotenzial ist. Nun zeigt sich: Inzwischen sind zahlreiche Personen registriert, das Instrument, das Vorbildfunktion für andere Kantone hat, wird rege genutzt. 229 Personen waren Anfang Jahr registriert, vier Personen davon attestiert die Polizei ein hohes Gewaltpotenzial, bei 70 habe die Gefährdungslage nicht

entschärft werden können. Weiter sind 155 Personen registriert, bei denen die Polizei nicht mit Folgen rechnet. Als die Fachstelle Bedrohungsmanagement im Februar 2013 aufgebaut wurde, erwarteten die zuständigen Stellen für den damaligen Zeitpunkt etwa 40 Fälle, die abzuklären seien. Die Kantonspolizei Solothurn hat die Daten zum Bedrohungsmanagement al-

lerdings nicht freiwillig herausgegeben, sondern den Einblick in das Register zuerst verweigert. Erstmals haben sich dann Solothurner Zeitung und Grenchner Tagblatt mit Verweis aufs Öffentlichkeitsgesetz an die kantonale Beauftragte für Datenschutz und Information gewandt. Mit Erfolg: Der Einblick wurde schliesslich gewährt.
 KOMMENTAR RECHTS, SEITEN 20/21

KOMMENTAR

«Nur» ein Nachteil

Seit religiöse Fundamentalisten unsere Werte infrage stellen, Schweizer Radikale in den Krieg ziehen und westliche Ziele angegriffen werden, rückt dieser Bereich der Polizeiarbeit stärker ins öffentliche Interesse. Kürzlich hat denn auch die Solothurner Kantonspolizei nach einem Vorstoss im Kantonsrat Einblicke in diese sonst kaum je beleuchtete Arbeit gegeben und gezeigt, dass sie auch nachrichtendienstlich aktiv



von Lucien Fluri

ist. Sie hat seit einem Jahr auch das Mittel der Gefährderermahnung und hat potenzielle Extremisten vorgeladen.

Die Kantonspolizei hat auch als eines der ersten Korps ein Bedrohungsmanagement aufgebaut. Das Programm will Gewalttaten im Voraus erkennen. Es bringt die richtigen Stellen zusammen, gibt Informationen an die richtigen Personen weiter und soll der Frage vorgreifen, die nach allen Gewalttaten an Schulen oder in Familien gestellt wird: Warum wurde nichts getan, obwohl der Täter schon auffällig geworden war?

Das alles klingt gut. Allerdings gibt es auch Schattenseiten. 155 Menschen sind in der Datenbank Bedrohungsmanagement registriert - ohne dass sie offenbar als wirklich gefährlich gelten oder eine Straftat begangen haben. Und gleichzeitig scheinen Jugendliche wegen unbedarfter Äusserungen auf Facebook präventiv vorgeladen worden zu sein. Eine Gratwanderung: Gefährderermahnung und Bedrohungsmanagement streben nicht zuletzt nach der Null-Risiko-Gesellschaft. Mit allen Nachteilen, die das präventive Handeln für die Freiheit und Rechte Einzelner haben kann.

@ lucien.fluri@azmedien.ch

Solothurner Hallenbäder
 Planschen ohne Bedenken

Während Hallenbäder in der Stadt Basel mit Fäkalbakterien und zu viel Chlor in den Becken kämpfen, scheint im Kanton Solothurn alles in Ordnung. Das bestätigen der Kantonschemiker und Hallenbäder in der Region. Trotzdem könnte der Chlorgehalt im Wasser weiter gesenkt werden, sagt etwa Maik Ruzicka vom Sportzentrum Zuchwil: «Würden vorher alle gründlich duschen, könnten wir sehr viel Chlor und Frischwasser einsparen.» SEITE 19

Obergerlafingen
 Zu viele Tiere - Huskys müssen weg

Auf Geheiss der Behörden muss eine Familie in Obergerlafingen die Anzahl ihrer Huskys reduzieren. Derzeit hält die Familie 14 Hunde. Gemäss einem Urteil des Bundesgerichts dürften es in der Wohnzone aber nur deren 4 sein. Nun sucht die Familie nach einer neuen Bleibe. Wird sie nicht rechtzeitig fündig, befürchtet sie, dass ein Teil der Tiere eingeschläfert werden muss. SEITE 26



Kinderumzug 1018 Teilnehmende - eine stattliche Anzahl Kinder aus Grenchens Kindergärten, Spielgruppen und Schulen war gestern am Kinderumzug dabei. Man hatte wegen der Sportferien beschlossen, Kinderball und Kinderumzug zu tauschen und lag richtig: Viel Publikum beklatschte die fantasievollen und farbigen Kostüme, wie die der Klasse 4h aus dem Halden, den Abfallmonstern. SEITE 25 FOTO: BAR

INSERAT

Wir feiern
Geburtstag
 18 Jahre **prisma**[®]
 meine Küche!

ACHTUNG!
 Nutzen Sie den zusätzlichen Preisvorteil, weil jetzt der Schweizer Franken noch stärker ist!

ACHTUNG!
 Bei Neubestellung einer Küche erhalten Sie **10%** Geburtstagsrabatt

ACHTUNG! ENDSPURT! LETZTE CHANCE! Nur noch bis Samstag, 21.2.15

MÖBEL BROTZ
 gut und günstig!

E-Mail: info@brotz.de
 Internet: www.brotz.de

Möbel Brotz, Hauptstraße 74, D-79730 Murg
 Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-19 Uhr, Sa 9-17 Uhr, Tel. +49 (0) 77 63 80 00-0

Wenn Ämtern, Frauen oder der Gesellschaft gedroht wird 229 Solothurner sind bei der Polizei registriert, weil sie gewalttätig werden könnten

50 potenziell gefährliche Solothurner mussten bei der Polizei antraben

Gefährderermahnung Seit einem Jahr hat die Polizei die rechtliche Basis, um angeblich gefährliche Menschen zu einem Gespräch zu bitten. Das wird genutzt, nicht nur, aber auch bei Muslimen - zusammen mit dem Geheimdienst.

VON LUCIEN FLURI

Spaziergänger hatten die Polizei informiert, als Anhänger des Islamischen Zentralrates Mitte November in Kriens ein Propaganda-Video drehten, das später wegen martialischer Szenen für Schlagzeilen sorgte, auch wenn es laut dem Nachrichtendienst kein ernsthafter Aufruf zu Gewalt war. Für einen der beteiligten Jugendlichen endete sein Schauspiel mit einer Vorladung der Aargauer Polizei. Er wurde zu einem Präventionsgespräch geladen und dort angeblich gefragt, ob er sich vorstellen könne, als Dschihadist für den Islamischen Staat zu kämpfen. Das wiederum sorgte etwas später im Aargau für gehöriges Aufsehen, nachdem die Polizei noch weitere Muslime vorlud, ohne dass diese strafbar geworden wären: Der Islamische Zentralrat hat der Aargauer Kantonspolizei vorgeworfen, sie überwache

friedliche junge Muslime und mische sich in deren Privatleben ein. Das schrieb die «Aargauer Zeitung».

Auch die Kantonspolizei Solothurn läßt Menschen vor, wenn der Eindruck vorliegt, von diesen gehe eine Bedrohung aus. Seit Anfang 2014 besteht dazu im Kanton die gesetzliche Basis. Und diese Möglichkeit nutzte die Polizei fast wöchentlich: 2014 lud die Kantonspolizei knapp 50 Personen zu einem Gespräch, wie sie auf Anfrage dieser Zeitung mitteilt.

Dabei geht es gar nicht nur um religiösen Extremismus. Die sogenannte Gefährderermahnung ist Teil des kantonalen Bedrohungsmanagements, das gefährliche Taten im Voraus erkennen will. «Am häufigsten hatten wir es mit Drohungen, Verdacht der sexuellen Handlungen mit Kindern, körperliche Gewalt im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt und Stalking zu tun», erklärt Thomas Zuber,

Kommandant der Kantonspolizei Solothurn, auf Anfrage. In Sachen Terrorismus/Islamismus habe es nur einige Ansprachen gegeben, «welche selbstständig oder zusammen mit dem Nachrichtendienst vorgenommen worden sind».

Wegen Facebook-Eintrag geladen
Bekannt ist: Zwei Jugendliche wurden vorgeladen, weil sie sich auf Facebook zu «unbedarften Äusserungen» hinreissen liessen. Dies schrieb die Polizei in einer Antwort auf eine Interpellation von SVP-Kantonsrat Walter Gurtner zur Gefahr durch fundamentalistisch-islamistische Gruppierungen im Kanton.

Was die Jugendlichen geschrieben hatten, wie die Polizei an die Information kam und ob die Äusserungen in Zusammenhang mit Islamismus standen, wie es die Polizei in der Interpellationsantwort nahelegt, wollte Zuber

auf Nachfrage allerdings nicht beantworten. «Ob und auf welchem Weg irgendwelche Äusserungen aus dem Internet zu unserem Nachrichtendienst gelangen, können wir weder aufdecken noch sind wir zuständigkeitshalber berechtigt, dies zu kommunizieren», so Zuber. Er hält aber fest: «Nicht nur Jugendliche, auch andere Personen äussern sich manchmal unbedarft, u.a. weil sie sich anonym wähnen. Oftmals handelt es sich um Ehrverletzungen oder Drohungen.» Stelle sich bei den Abklärungen heraus, dass «sich der Schreibende nicht bewusst war, welche Wirkung er mit seinen Äusserungen erzielt hat und entschuldigt er sich gegenüber dem Adressaten, kann von einer unbedarften Äusserung ausgegangen werden.»

Besuche in Moscheen
150 Stellenprozente werden dem Kanton vom Bund für Tätigkeiten zur Wahrung der inneren Sicherheit abgezogen.

Bei der Kapo ist dazu ein Dienstchef Nachrichtendienst dem Kommandanten unterstellt. Dieser erstattet dem Bundes-Nachrichtendienst unaufgefordert Meldung, wenn er konkrete Gefährdungen feststellt, und beschafft Informationen aufgrund von Beobachtungslisten oder konkreten Aufträgen. Die Polizei stehe auch in regelmässigem Kontakt mit muslimischen Organisationen, besucht Moscheen oder «sensibilisiert beispielsweise die Jugendpolizei Lehrpersonen und Jugendliche, auf auffällige Verhaltensänderungen junger Menschen zu achten».

Grundrechte wenig tangiert
In der Interpellation Gurtner hält die Regierung fest: «Das Bestehen rein ideologischer muslimischer Bewegungen (beispielsweise Salafismus, radikaler Islamismus) alleine

vermag keine präventive nachrichtendienstliche oder polizeiliche Beobachtung zu rechtfertigen.» Thomas Zuber bezeichnet Gefährderermahnungen als «verhältnismässig leichten Eingriff» in die Grundrechte. Ein solcher liege nicht einmal vor, «solange die Person sich einfach von der Polizei anhören muss, wie gesetzeskonformes Verhalten aussieht und welches die Konsequenzen bei Abweichungen sein können, ohne dass von ihm ein aktives Tun oder Unterlassen gefordert oder andere Zwangsmassnahmen angeordnet werden.» Zu negativen Reaktionen von Betroffenen sei es nicht gekommen.

Der Verband der Aargauer Muslime fand: «Grundsätzlich finden wir solche Gespräche positiv, schliesslich ist es auch in unserem Interesse, dass Tendenzen zur Radikalisierung früh genug erkannt werden.»



Warum hat man die Hinweise zuvor nicht erkannt, bevor 2011 ein Mann in Schaffhausen einen Polizisten bei einer Zwangsäumung erschoss? Das Bedrohungsmanagement will solche Fragen unnötig machen. KEYSTONE

Ein runder Tisch soll Ideen liefern

Frankenstärke Der Regierungsrat stimmt einem überparteilichen Auftrag zu, der «Sofortmassnahmen» fordert

VON ELISABETH SEIFERT

Es sind eindrückliche Zahlen, welche die Regierung zur Bedeutung der Exportwirtschaft für den Kanton Solothurn liefert. Die Warenexporte, die aus dem Kanton Solothurn direkt ins Ausland gehen, betragen in den vergangenen Jahren im Durchschnitt 5,5 Mrd. Franken. Das sind jährlich 40 600 Franken pro Beschäftigten. Im gesamtschweizerischen Vergleich stehe der Kanton Solothurn damit an siebter Stelle, hält die Regierung fest. Der Wert liege dabei leicht unter demjenigen des Kantons Basel-Landschaft, aber wesentlich höher als die Werte der Kantone Aargau und Bern. Zwischenprodukte, die im Kanton Solothurn hergestellt werden und als Endprodukt aus einem anderen Kanton exportiert werden, seien dabei noch gar nicht erfasst.

Zu 58 Prozent erfolgt die Ausfuhr der Waren in die Länder der EU, 18 Prozent nach Amerika und 17 Prozent nach Asien. Offen legt der Regierungsrat diese Zahlen in seiner Antwort auf einen überparteilichen Auftrag, den das Parlament in der letzten Session Ende Januar dringlich erklärt hatte. Der Vorstoss, der von SVP-Kantonsrat Christian Imark (Fehren) lanciert worden war, fordert von der Regierung die Prüfung von «Sofortmassnahmen» in der Folge der Aufhebung des Franken-Mindestkurses gegenüber dem Euro.

«Gute Standortpolitik»

Nicht nur dem Parlament, auch der Regierung bereiten die Konsequenzen des starken Frankens gerade für die exportorientierte Industrie im Kanton Solothurn Sorgen. Bereits in den letzten drei Jahren habe die Industrie «besondere Anstrengungen» unternehmen müssen, um sich mit dem Euro-Kurs von 1.20 Franken zurechtzufinden. Umso schmerzlicher sei jetzt die Erkenntnis, dass der noch stärkere Franken nun «weitere Optimierungen der Kostenstrukturen von den Firmen abverlangt».

Zur Stärkung der einheimischen Wirtschaft müssten aber auch die Bürgerinnen und Bürger beitragen, «indem sie nicht dem Lockruf des billigen Euro folgen». Begrüssen würde die Regierung eine «nationale Kampagne zum Schutz der Binnenwirtschaft» - ganz im Sinne einer Art «geistigen Landesverteidigung».

Die Chefs sollen ihre Löhne offenlegen

Behindertenbereich In einem Auftrag plädiert die FDP für mehr finanzielle Transparenz. Die Regierung unterstützt den Vorstoss.

Derzeit steht es den sozialen Institutionen im Kanton Solothurn frei, ob sie die Vergütungen von Verwaltungsdirektion und Direktion bekannt geben wollen. Das aber soll sich nach dem Willen der FDP-Fraktion und der Regierung ändern. In seiner Stellungnahme verwendet sich der Regierungsrat für einen Auftrag der Freisinnigen, der eine «Transparente Rechnungslegung bei Behindertenorganisationen» fordert. Konkret seien Richtlinien zu erlassen, dass Organisationen, die Leistungen im Behindertenbereich erbringen und nach kantonalen Richtlinien abrechnen, ihre Rechnungslegung nach einem anerkannten Standard ausführen.

Hintergrund für den Auftrag - und zuvor schon für eine Interpellation - bildete der Auftritt der Vebo Genossenschaft, vor allem letztes Jahr im Rahmen der Festivitäten zum 50-Jahr-Jubiläum. Soziale Institutionen sollen ausweisen, dass mit den über Taxen generierten Mitteln «haushälterisch» umgegangen werde, begründet die FDP ihren Auftrag. Zudem seien die Bezüge der leitenden Organe transparent darzustellen.

Vergleichbarkeit erhöhen

In ihrer Stellungnahme zur Interpellation (wir berichteten) hatte die Regierung festgestellt, dass die Vebo im Quervergleich bezüglich Preis und Leistung nicht aufgefallen sei. Gleichzeitig aber erachtete sie es für unbestritten, dass die vorhandenen Steuerungselemente weiterentwickelt werden sollten. In der Zwischenzeit hat das Amt für soziale Sicherheit (ASO) jetzt ein Wirtschaftlichkeitskonzept erarbeitet, wie der regierungsrätlichen Antwort zum FDP-Auftrag zu entnehmen ist. Einer der Meilensteine bei der Umsetzung des Konzepts sei die Einführung der Rechnungslegungsstandards Swiss GAAP Fer 21. Damit könnten «die Transparenz und auch die Vergleichbarkeit zwischen den Institutionen weiter erhöht werden», betont die Regierung. (ESF)

BEDROHUNGSMANAGEMENT

Kantonspolizei zählt vier Personen mit hohem Gewaltpotenzial

Vier Personen leben derzeit im Kanton Solothurn, bei denen die Kantonspolizei überzeugt ist, dass von ihnen eine hohe Gefahr gegenüber Dritten ausgehen könnte. Das zeigt der Registerauszug Bedrohungsmanagement, der dieser Zeitung vorliegt. Seit 2013 baut der Kanton Solothurn - als einer der Vorreiter in der Schweiz - kontinuierlich ein Bedrohungsmanagement auf. Mit dem Programm sollen Gewalttaten möglichst im Voraus erkannt und verhindert werden. Gewalttäter, die auf Ämtern drohen, Männer, die ihre Frauen und Kinder etwas antun könnten oder Amoktäter an Schulen sollen so erkannt werden, bevor es zu spät ist. Ein Kernteam u.a. aus Polizei, Psychologen oder den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden nimmt eine Einschätzung zur Gefährlichkeit einer Person vor. Beigezogen wird auch ein Computerprogramm, das das Risikopotenzial eines Täters bestimmen soll. Anzeihen, die zu einer Gewalttat führen könnten, sollen im Voraus erkannt werden. Klar ist: Die Zahl potenziell gefährlicher Personen dürfte höher sein. Nur wer der Polizei gemeldet wird, kann als gefährlich erkannt werden. Bei vier dieser Personen kam das Polizeiteam bisher zur

Überzeugung, dass sie zur Gefahr für Dritte werden könnten. Regelmässig werde in diesen Fällen eine Beurteilung der Situation durchgeführt. Die Polizei prüft jeweils, diese Personen allenfalls in Gewahrsam zu nehmen oder - etwa im Bereich der häuslichen Gewalt - eine Wegweisung auszusprechen. Von etwa 40 Personen, die auffällig sind und beurteilt werden müssen, hat der zuständige Polizeidirektor, SP-Regierungsrat Peter Gomm, noch Anfang 2013 gesprochen. Nun zeigt sich: Das Instrument ist seither intensiv genutzt worden. Inzwischen sind bereits 229 Personen registriert. Seit Bestehen der Datenbank sind nur zwei Personen gelöscht worden - infolge Todes.

«Erfolg ist kaum messbar»

Neben den vier Personen mit «hoher Gewaltbereitschaft» zählt die Kantonspolizei weitere 70 Personen, bei denen sie Hinweise auf «eine erhöhte und gegen dritte gerichtete Gefahr» hat. Diese Fälle können entweder nicht sofort entschärft werden oder eine Person wird immer wieder auffällig. «Eine Begleitung und Unterstützung der betroffenen Person ist notwendig, mit dem Ziel, eskalierende, ange-

drohte Handlungen zu verhindern», hält die Kapo dazu fest. Seit Anfang 2014 hat sie zwei neue gesetzliche Handhabungen, die in solchen Fällen präventive Handlungen erlauben - auch ohne, dass eine Person straffällig geworden ist: Zum einen kann die Polizei die bedrohende Person zu präventiven Gesprächen (sogenannte Gefährderermahnung) vorladen. Zum anderen können potenzielle Opfer (Einzelpersonen oder Behörden) informiert werden. Zudem zählt das Register 155 Personen, bei denen «die Gefährdungslage niederschwellig entschärft werden konnte». Bei diesen Personen sieht die Polizei lediglich Hinweise, «dass von ihnen die Möglichkeit ausgeht, eine Straftat begehen zu können». Eine konkrete Gefährdung muss nicht vorliegen. Meistens können diese Fälle laut Polizei bereits mit Verhaltensempfehlungen an die sich bedroht führende Person entschärft werden. Verschiebt werden dann etwa «Grenzziehungsbriefe» - eine Aufforderung, dass die Person ihr als bedrohlich empfundenen Verhalten unterlassen soll. Die Polizei erachtet insbesondere die Tipps für Bedrohte als wichtig. «Hier erhalten wir insbesondere aus der Verwaltung positive und dankbare Rückmeldungen. Dies wird als

Mehrwert empfunden.» Für Thomas Zuber, den Kommandanten der Kantonspolizei Solothurn, trägt das Bedrohungsmanagement einiges dazu bei, um das Risiko von Gewalttaten zu vermindern. «Den exakten Anteil lässt sich selbstverständlich kaum ausweisen, weil der Erfolg präventiver Massnahmen kaum messbar ist.» Auch der Kanton Zürich hat ein Bedrohungsmanagement. Dort hat kürzlich Elmar Habermeyer, Direktor der Klinik für Forensische Psychiatrie der Psychiatrischen Uniklinik Zürich und Mitbeteiligter am Aufbau des Programms, ein positives Fazit gezogen. «Ausschliessen können wir nie, dass wir eine Situation falsch einschätzen», so Habermeyer gegenüber dem «Tages-Anzeiger». Die Chancen seien aber gut, gefährliche Fälle herauszufinden. Eine drohende Person könne effizienter als früher eingeschätzt werden. Psychisch Kranke würden schneller der richtigen Stelle zugewiesen. «Im besten Fall werden wir heute auf solche Personen aufmerksam, bevor die Situation eskaliert.» Ämter würden sich zudem besser absprechen. «Bisher sprachen die Ämter erst miteinander, wenn etwas passiert war.»

4 50

Personen sind registriert, bei denen das Kernteam Bedrohungsmanagement zur Überzeugung gelangte, dass von ihnen eine hohe Gefahr gegenüber Dritten ausgehen könnte.

Personen lud die Polizei 2014 zu einem Gespräch ein: Weil sie gedroht hatten - ihrer Familie, den Kindern, auf Ämtern oder weil sie aus Sicht des Nachrichtendienstes zu den Extremisten gehören könnten.

155 70

Personen sind im Register verzeichnet, bei denen die «Gefährdungslage niederschwellig entschärft werden konnte». Bei diesen Personen rechnet die Polizei nicht mit einer Straftat.

ZAHLEN NUR DANK DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER ÖFFENTLICH

Polizei gibt Auskunft nicht freiwillig

Wie viele Personen hat die Kantonspolizei in ihrer Datenbank zum Bedrohungsmanagement registriert? Die Solothurner Zeitung und das Grenchner Tagblatt hielten diese Frage für relevant, nachdem seit gut einem Jahr explizite Gesetzesgrundlagen fürs Bedrohungsmanagement in Kraft sind. Schliesslich werden hochsensible Daten von Personen registriert und gespeichert, die den Behörden als gefährlich gemeldet werden. Und geht es um 40 zu überprüfende Personen, wie dies im Vorfeld genannt worden war, oder um viel mehr inzwischen registrierte?

Die Kantonspolizei Solothurn zeigte sich wenig begeistert über die Anfrage. Dem Öffentlichkeitsprinzip werde Rechnung getragen, wenn alle Medien später an einer Medienkonferenz informiert würden, hielt Kommandant Thomas Zuber die Daten zurück. Derzeit würden Jahresberichte für die Behörden erarbeitet. Erst nachdem diese Zeitung bei der kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz, Judith Petermann Büttler, interveniert hatte, ist die Auskunft erfolgt. (LFH)